Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 26. September 2013

Niederschrift
über die Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 17.09.2013
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:00 Uhr **Ende:** 20:00 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 Mitgliedern des Stadtrates sind 27 ständig anwesend:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	**Stimmberechtigtes Mitglied**	**Stimmberechtigtes Mitglied**
Wolfgang Alboth	Helko Grimm	Klaus Schatz
Bernd Barth	Yvonne Gruber	Wolfgang Schoberth
André Bindl	Wolfgang Hinz	Dr. med. Hartmut Seidel
Dieter Blechschmidt	Klaus Jäger	Uta Seidel
Ralf Bräunel	Sven Jahn	Bernd Stubenrauch
Dirk Brückner	Kerstin Knabe	Hansjoachim Weiß
Thomas Fiedler	Lars Legath	Michaele Wohlrab
Hansgünter Fleischer	Monika Mühle	Steffen Zenner
Klaus Gerber	Karl-Jörg Rößiger	

Teilweise Anwesende:

Teilweise anwesend waren 11 Stadträte:

Stimmberechtigtes Mitglied	**während TOP**
Sven Gerbeth	anwesend ab TOP 2
Ronny Hagen	anwesend bis Fortsetzung TOP 3.4.
Claudia Hänsel	anwesend bis Fortsetzung 3.4.
Andrea Horlomus	anwesend bis TOP 3.8.
Tobias Kämpf	anwesend bis TOP 3.7.
Prof. Dr. med. habil. Lutz Kowalzick	anwesend ab TOP 2
Rico Kusche	anwesend bis TOP 3.10
Juliane Pfeil	anwesend bis TOP 3.6.
Petra Rank	anwesend bis TOP 4.
Rico Wagner	anwesend bis zur Pause
Benjamin Zabel	anwesend ab TOP 3.4. bis TOP 3.6.

Abwesende:

Entschuldigt sind 5 Stadträte:

Stimmberechtigtes Mitglied	**Abwesenheitsgrund**
Constantin Eckner	entschuldigt
Thomas Haubenreißer	entschuldigt
Rainer Maria Kett	entschuldigt
Dieter Rappenhöner	entschuldigt
Gabriele Weiß	entschuldigt

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 09.07.2013
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 09.07.2013

2. Information
2.1. Grundstückssituation für Bewerbung Landesgartenschau
Drucksachennummer: 749/2013

3. Beschluss
3.1. Sitzungskalender 2014 für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Drucksachennummer: 745/2013
3.2. Änderungen zum Stellenplan 2013
Drucksachennummer: 760/2013
3.3. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für die Zahlung der Kreisumlage 2013
Drucksachennummer: 758/2013
3.4. Abfallwirtschaftssystem der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 774/2013
- CDU-Antrag, ***Reg. Nr. 245-2013***
3.5. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs "Kulturbetrieb der Stadt Plauen"
Drucksachennummer: 716/2013
3.6. 1. Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Plauen und der Erich Ohser-e.o.plauen Stiftung
Drucksachennummer: 715/2013
3.7. Bewerbung 4. Sächsische Landesausstellung 2018
Drucksachennummer: 744/2013
3.8. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltmittel für den Umbau und die Modernisierung der Turnhalle Stresemannstraße
Drucksachennummer: 753/2013
3.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltmittel für die Überdachung des Zuschauerbereiches im Parktheaters
Drucksachennummer: 756/2013
3.10. Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für Elsterufermauer (Ersatzneubau und Junihochwasser 2013)
Drucksachennummer: 752/2013
3.11. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer für Liebknechtstraße 13/15
Drucksachennummer: 696/2013
3.12. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Maßnahme Forststraße 28 und Stresemannstraße 10
Drucksachennummer: 742/2013
3.13. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer für die Schloßstraße 10
Drucksachennummer: 750/2013

4. Verschiedenes

5. 17:00 Uhr Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung

Die 45. Sitzung des Stadtrates wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Michaele Wohlrab, Fraktion DIE LINKE. und Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion bestellt.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates am 09.07.2013

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 44. Sitzung des Stadtrates vom 09.07.2013 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer hat vor der heutigen Sitzung den Fraktionsvorsitzenden ein Informationsblatt zur Kommunalwahl am 25.05.2014 ausreichen lassen, welches er kurz erläutert.

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt Herrn Bürgermeister Levente Sárközy zu seiner 1. Stadtratssitzung und informiert darüber, dass Herr Sárközy mit einer kleinen Delegation am 26.09.2013 die Partnerstadt Cegléd besuchen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass zum Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Poller am Altmarkt eine Verwaltungsvorlage in der Stadtratssitzung am 22.10.2013 vorgelegt wird.

1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 09.07.2013

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung eines Mitarbeiters zum 19.07.2013 beschlossen.

2. Information

2.1. Grundstückssituation für Bewerbung Landesgartenschau
Drucksachennummer: 749/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, teilt mit, dass eine Bewerbung für eine Landesgartenschau für 2019 in Plauen nicht realistisch erscheint.
In den jeweiligen 3 Bewerbungsszenarien ist es erforderlich eine verfügbare Fläche von 10 bis 15 ha nachzuweisen. Dies wurde auf Basis der Machbarkeitsstudie durch das Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften untersucht, mit dem Ergebnis, dass für alle 3 Bewerbungsszenarien in großem Umfang Ankäufe von privaten Eigentümern erforderlich werden. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage sind weder der Erwerb der notwendigen Grundstücke noch die übrigen Kosten einer Landesgartenschau aus dem Haushalt der Stadt Plauen finanzierbar.

Näheres hierzu erläutert Herr Mißbach, Fachgebietsleiter Betriebswirtschaft/Liegenschaften, anschließend anhand einer Präsentation.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass die Stadt Plauen trotzdem eine Chance für die

Durchführung einer Landesgartenschau zu einem späteren Zeitpunkt haben könnte.
Es wäre denkbar, dass die Sternquellbrauerei Plauen ihre Produktionsstätte gänzlich im Gewerbegebiet an der Autobahn unterbringen und somit das Gelände unterhalb der Friedensbrücke genutzt werden könnte.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, empfindet die Aussage, dass eine Landesgartenschau in Plauen derzeit nicht umsetzbar ist, für nicht befriedigend. Er bittet um Darstellung, mit wie vielen Grundstückseigentümern bisher überhaupt gesprochen wurde. Welche anderen Varianten gibt es noch? Kann ein existierender Betrieb nicht auch geschickt in eine Landesgartenschau mit ein-gebunden werden? Gibt es denn Förderprogramme für die Durchführung einer Landesgartenschau?
Eine wertschöpfende Landesgartenschau würde der Stadt Plauen gut tun, deshalb sollte dieses Thema langfristig und konzentriert angegangen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die Stadt Plauen 3 Hochschulen vertraglich binden konnte, wobei Studenten der Landschaftsarchitektur mit punktuellen Untersuchungen in der Elsteraue beauftragt werden. Die hochwertigen Ergebnisse aus der Arbeit dieser Studenten sollen in die Lehre an den Universitäten und Hochschulen, die an dieser Maßnahme beteiligt sind, mit ein-fließen.

Oberbürgermeister Oberdorfer äußert die Hoffnung, dass es gelingen kann in den zukünftigen Haushaltsjahren punktuelle Verbesserungen in der Elsteraue an verschiedenen Orten zu erreichen.

Die betroffenen Grundstückseigentümer wurden von Oberbürgermeister Oberdorfer angeschrieben. Hierzu können im nichtöffentlichen Teil der nächsten Ausschusssitzung Hinweise gegeben werden.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Analyse der Kosten und der Machbarkeit des für eine Bewerbung für die Durchführung einer Landesgartenschau notwendigen Grunderwerbs zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. Sitzungskalender 2014 für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Drucksachennummer: 745/2013

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Sitzungskalender 2014 für den Stadtrat und seine Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-1

3.2. Änderungen zum Stellenplan 2013
Drucksachennummer: 760/2013

Frau Karliner erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage aufgeführten Änderungen zum Stellenplan 2013.

Abstimmungsergebnis: 37-Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-2

3.3. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen für die Zahlung der Kreisumlage 2013
Drucksachennummer: 758/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.
U. a. führt er aus, dass die Stadt Plauen ein Stück weit stolz sein kann, da sie mit 27,4 % der Einwohner des Vogtlandes (ca. ein Viertel) einen Anteil der Kreisumlage von 32,94 % zahlt (ca. ein Drittel).
Gemäß Haushaltsplan des Vogtlandkreises beträgt die gesamte Kreisumlage 2013 61.932.508 EUR. Der Betrag, den die Stadt Plauen gemäß Bescheid des Landratsamtes Vogtlandkreis zu zahlen hat, beläuft sich auf 20.399.092,34 EUR.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., bezweifelt, dass die vom Landkreis geforderte erhöhte Kreisumlage wirklich berechtigt ist.
Der Landkreis bekommt Aufgaben zugeordnet, ohne dass die „finanzielle Ausstattung“ mit geliefert wird oder dass der Kreis selbst entsprechende Finanzmittel erschließen kann.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, ergänzt, dass der Kreisrat zwar eine Erhöhung der Kreisumlage auf 31,5 % beschlossen hat, dass aber die Unterlagen des Kreishaushaltes zahlenmäßig sogar auf 32,75 % lauten.
Die Festlegung der Kreisumlage für die Stadt Plauen auf 31,5 % ist eine politische Entscheidung. Im Hinblick auf die überplanmäßigen Ausgaben im Sozial- und Jugendbereich des Landkreises müsste man allerdings schon mit einer Kreisumlage i. H. v. 34 % rechnen.
Stadtrat Weiß persönlich glaubt nicht, dass die Stadt Plauen in den nächsten Jahren bei 31,5 % Kreisumlage bleiben wird.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen i. H. v. 1.500.206,34 EUR für die Zahlung der Kreisumlage für das Jahr 2013.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit beschlossen

Beschluss-Nr.: 45/13-3

3.4. Abfallwirtschaftssystem der Stadt Plauen - CDU-Antrag, Reg. Nr. 245-2013
Drucksachennummer: 774/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass ein heute hier eventuell gefasster Beschluss nur einen Wunsch bzw. eine Empfehlung an den Vogtlandkreis darstellen kann.
Die Stadt Plauen hat nach geltendem Recht nicht die Möglichkeit, dies selbst zu entscheiden.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert die Historie zur Abfallwirtschaft in der Stadt Plauen.

Stadtrat Wolfgang Alboth, SPD-Fraktion, informiert über die Beratung im nichtöffentlichen Zeitweilig beratenden Ausschusses zur Abwicklung der ehemals kreislichen Entsorgungsaufgaben.

Zur ursprünglichen Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 769/2013,*** konnte im Ausschuss am 05.09.2013 keine Beschlussempfehlung gegeben werden, so dass diese Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen und eine neue Verwaltungsvorlage, ***Drucksachennummer: 774/2013***, erstellt wurde.
Diese neue Vorlage und der Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 245-13,*** wurden im Ausschuss am 16.09.2013 behandelt.
Der CDU-Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen; keinen Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen befürwortet.

Abschließend fasst Stadtrat Alboth zusammen, dass es nicht gelingen wird, unter die Gebühren des Vogtlandkreises zu kommen, zumindest nicht in dem Gebührenkalkulationszeitraum von 5 Jahren, in dem die Verschuldung von ca. 2 Mio. EUR zurückgezahlt werden muss.
Mit einer Gebührenerhöhung von 6 EUR bzw. 12 EUR pro Einwohner muss gerechnet werden.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, verweist darauf, dass der Grundsatzbeschluss zur Abfallentsorgung bereits am 17.03.2011 im Kreistag beschlossen wurde. Gleichzeitig ist der Auftrag zur Erarbeitung einer einheitlichen Abfallwirtschaftssatzung entstanden. Bereits damals wurde davor gewarnt, dass die Gebühren erhöht werden müssten, um Defizite
zu vermeiden.

Entgegen einer Pressemitteilung des Oberbürgermeisters und den Ausführungen in der vorliegenden Verwaltungsvorlage wurde laut Stadtrat Weiß die Harmonisierung bereits im März 2011 und die Abfallwirtschaftssatzung einschließlich der Maßnahmen im Dezember 2012 beschlossen.
In 2013 ging es nur noch um die Abfallgebührensatzung, welche aber erst seit dem 16.08.2013 öffentlich bekannt ist. In dieser o. g. Gebührensatzung ist aber nicht mehr von einer Harmoni-sierung die Rede.

Stadtrat Weiß führt die Gründe auf, warum er der Abfallgebührensatzung schon 2008 nicht mehr zugestimmt hat.

Nach einer Pause (16:30 Uhr bis 17:00 Uhr) und dem Vorziehen des TOP 5. Einwohnerfragestunde (17:00 Uhr), wird der TOP 3.4. fortgesetzt.

Stadtrat Weiß erläutert den Inhalt des Antrages der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 245-13***.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass die Rückübertragung der Abfallentsorgung an die Stadt Plauen auf der Grundlage des § 3 Abs. 2 Satz 2 Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz in der Fassung vom 01.08.2008 *(Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger - hier der Vogtlandkreis - kann Aufgaben bei entsprechender Zuverlässigkeit an Gemeinden übertragen.)* unbefristet gilt und nicht wie im Gesetz der Neugliederung der Landkreise, wo nur 10 Jahre
(bis 2018) vorgesehen sind.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., befürwortet das Ansinnen des Antrages der CDU-Fraktion, wenn eine realistische Zeitschiene gefunden werden kann, um ein Chaos zu vermeiden.
Dem Inhalt der vorgelegten Verwaltungsvorlage kann Stadtrat Jäger allerdings nicht folgen.

Nach Meinung von Stadtrat Jäger haben Bewohner in Großwohnanlagen wie z. B. im Chriesch-witzer Hang keinen Einfluss auf das Müllverhalten ihrer Nachbarn. So gesehen würden diese
Einwohner die „Müllvermeider“ am Stadtrand mit finanzieren.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD-Fraktion, hält es für unrealistisch, dass es für Plauen ein eigenes System geben wird und der Kreis die so genannte Unterdeckung finanziert.
Nach der jetzigen Satzung würden die Schulden alle 250.000 Einwohner des Vogtlandes gemeinsam tragen. Mit einem eigenen System für Plauen müssten die Schulden von 65.000 Plauenern allein getragen werden.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, bittet zu überlegen, dass es auch in anderen Städten des Vogtlandes Großwohnanlagen gibt. Hier wird seit Jahren schon die erhöhte Grundgebühr gezahlt, die es in Plauen bisher nicht in dieser Höhe gab. Außerdem sollte auch über die Gewerbetreibenden nachgedacht werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, bittet Oberbürgermeister Oberdorfer die Befangenheit von Stadtrat Thomas Fiedler, SPD-Fraktion, gemäß Sächsischer Gemeindeordnung zu prüfen und ggf. zu entscheiden, ob er in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deponie Schneidenbach zu diesem Tagesordnungspunkt mit entscheiden kann.

Stadtrat Fiedler erklärt sich als befangen und nimmt im Gästebereich Platz.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE. wünscht sich, dass alles so bleibt, wie es jetzt ist. Er hat Bedenken, dass sich gemäß Satzung des Landkreises bei einer nur noch 14tägigen Leerung in den Großwohnanlagen zu viel Müll ansammelt. Außerdem bittet er darum, dass die Plauener Kreisräte in der Kreistagssitzung auch als Plauener auftreten.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, möchte ausdrücklich dafür plädieren, die Emotionen zurück zu nehmen und nach einer Lösung zu suchen, die unterm Strich finanziell die günstigste Variante für den Plauener Gebührenzahler darstellt, auch wenn sich die Gebühren auf jeden Fall erhöhen werden.

Stadtrat Weiß weist darauf hin, dass er bei seinem Vortrag nur aus vorliegenden Unterlagen zitiert hat. Aus Sicht der CDU-Fraktion geht es nur, wenn die Stadt Plauen ab 01.01.2014 mit Null anfangen kann, wie im Ergänzungsantrag vom 11.09.2013 zum CDU-Antrag, ***Reg. Nr. 245-13,*** geschrieben.

Stadtrat Karl-Jörg Rößiger, Fraktion DIE LINKE., kann nicht verstehen, dass die Plauener mehr zahlen sollen, obwohl es beim Landkreis wohl Reserven gibt und eine Gebührenerhöhung nur in der Stadt Plauen notwendig sein soll. Er unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird nicht für den Antrag der CDU-Fraktion stimmen und erklärt dies. Sollte das Plauener System erhalten bleiben, wird es in jedem Falle teurer als das System des Vogtlandkreises, welches über 2 Jahre mit dem Vogtlandkreis zusammen vorbereitet wurde – egal ob die ca. 2 Mio. EUR Schulden vom Vogtlandkreis übernommen werden oder nicht.
Man könnte gegen die anstehende Gebührenerhöhung klagen.
Richtig ist aber, dass die Gebührenerhöhung in Plauen seitens des Vogtlandkreises schon längst hätte durchgeführt werden müssen, dann wären die Schulden nicht aufgelaufen. Der Beschlussvorschlag des CDU-Antrages erscheint nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer nicht umsetzbar.

Stadtrat Weiß weist darauf hin, dass die Abfallsatzung bereits im Dezember 2012 beschlossen wurde. Es geht nur noch um die Abfallgebühren.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat mehrmals beim Landrat vorgetragen, dass er die Abfallwirtschaftssatzung für die Großwohnanlagen für falsch hält und hat darum gebeten diese dahin gehend zu verändern. Er setzt darauf, mit dem Kreis ein gemeinsames Abfallsystem zu schaffen, welches kostengünstiger ist als das eigene System.

Beschluss - CDU-Antrag, Reg. Nr. 245-13:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister im Rahmen der Auseinandersetzungsvereinbarung vertraglich die Rückübertragung der Abfallentsorgung an die Stadt Plauen als Aufgabenträger für Satzung, Kalkulation, Gebührenerhebung und Auftragsvergabe ab 01.01.2014 zu vereinbaren. Voraussetzung dabei ist, dass in dieser Vereinbarung geregelt wird, dass die so genannte „Unter-deckung der Stadt Plauen „ (ca. 2 Mio. EUR) nicht auf die Kalkulation 2014 bis 2018 der Stadt Plauen übertragen wird, sondern im Zeitraum 2009 bis 2013 verbleibt und im Kreis verrechnet wird.

Abstimmungsergebnis: mit 24 Ja-Stimmen mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 45/13-4

Über die Verwaltungsvorlage, Drucksachennummer: 774/2013 wurde nicht abgestimmt.

3.5. Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs "Kulturbetrieb der Stadt Plauen"
Drucksachennummer: 716/2013

Herr Uwe Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, hält es für konsequent, dass mit diesem Schritt die Referentenebene im Geschäftsbereich I vervollständigt wurde – Schul-, Sport- und Kulturreferent. Er bittet ausdrücklich um Zustimmung.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, wirbt ebenfalls um Zustimmung.
Nach Meinung von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick ist es richtig, dass die Stelle befristet wird, mit der Möglichkeit der Verlängerung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 2 beigefügte Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunaler Eigenbetrieb (Kulturbetriebssatzung) vom 29.01.2010.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-5

3.6. 1. Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Plauen und der Erich Ohser-e.o.plauen Stiftung
Drucksachennummer: 715/2013

Herr Uwe Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 1. Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Plauen und der Erich Ohser-e.o.plauen Stiftung wie in der Anlage 1 im Vertrag gekennzeichnet.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45-13-6

3.7. Bewerbung 4. Sächsische Landesausstellung 2018
Drucksachennummer: 744/2013

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass die im Stadtbau- und Umweltausschuss am 02.09.2013 gewünschte Beschlussergänzung (*Die Verwaltung wird beauftragt, in Erfahrung zu bringen, ob weitere Interessenten aus dem Landkreis noch sinnvoll mit einbezogen werden können.)* nicht in den Beschluss eingearbeitet werden soll. Dies hat der Ältestenrat in seiner Beratung am 09.09.2013 beschlossen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass der Grund für diesen Ergänzungsvorschlag war, das Grundkonstrukt dieser Ausstellung mit der Erschließung von mehr Potenzial im traditionsreichen Industriegebiet Vogtland zu bereichern. Diese Ergänzung sollte als Arbeitsauftrag gesehen, aber nicht im Beschlusstext mit eingearbeitet werden.

Stadtrat Steffen Zenner, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass das, was Plauen zur Bewerbung für diese Industrieausstellung eingereicht hat, bestenfalls als Fragment bezeichnet werden kann.
Eine entscheidende Forderung – die Nachhaltigkeit – wurde nicht erfüllt. Das Vogtland muss mit einbezogen werden. Es wäre sogar erwünscht, länderübergreifend zu agieren.

Stadtrat Zenner ruft auf, die Kräfte zu bündeln, das Forum „Zukunft Elsteraue“ mehr mit ein-zubeziehen und eine Arbeitsgruppe zu bilden. Er hat den Eindruck, Plauen ist hier zu träge und nicht ausreichend vernetzt.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt dies als Angebot auf, dass Stadtrat Zenner für eine solche Arbeitsgruppe auch zur Verfügung steht. Er beauftragt Herrn Sorger diese Bildung einer Arbeitsgruppe zu unterstützen und einzuladen. Bis November 2013 besteht die Möglichkeit, eine Nach-nutzung für das Gelände darzustellen.
Vorstellbar wäre die Nachnutzung im Rahmen des Spitzen- und Designzentrums. Das Textil-forschungsinstitut Greiz sucht einen neuen Standort. Die Anforderungen würden mit der aus-
zu bauenden Halle übereinstimmen.

Stadtrat Sven Jahn, SPD-Fraktion, gibt zu bedenken, dass zur Zeit noch kein Spitzen- und Designzentrum beschlossen ist, es gibt auch noch keinen Betreiber. Wie soll das ganze Projekt der Industrieausstellung finanziert werden? Er empfiehlt auch im Hinblick auf das Thema Landes-gartenschau ein wenig mehr Realismus.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass die Verhandlungen für das Weißbachsche Haus begonnen wurden. Wenn der geplante Schenkungsvertrag zustande kommt, wird dem Stadtrat eine Beschlussfassung im Herbst diesen Jahres vorgelegt.

Was die Finanzierung der Landesausstellung angeht, erwartet Oberbürgermeister Oberdorder, dass der Freistaat Sachsen seinen Haushalt dafür realistisch plant. Die vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst benannten 3 Mio. EUR sind für die Durchführung der Ausstellung gedacht.
Investitionen müssten über Förderprogramme finanziert werden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob für die Durchführung tatsächlich der Kulturbetrieb Plauen zuständig wäre. Ihrer Meinung nach müsste dies vom Kulturreferat übernommen werden.
Weiterhin hält es Stadträtin Rank für wichtig, dass in das noch zu bildende Kompetenzteam auf

jeden Fall das Forum „Elsteraue“ mit einbezogen werden sollte.

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt dem zu. Natürlich kann der Kulturbetrieb nur als Ansprechpartner für die Ausstellung verantwortlich sein. Für die Frage der Aufbereitung des Geländes muss es genaue Absprachen innerhalb der Verwaltung geben.

Stadtrat Klaus Gerber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stimmt ausdrücklich zu, dass der Versuch unternommen werden sollte, die Elsteraue, z. B. mit der Durchführung einer solchen Landesausstellung, zu beleben.

Stadtrat Zenner denkt, dass die Zusage letztendlich auch eine Lobby-Entscheidung werden wird. Wichtig ist, dass die Bewerbung richtig angegangen wird, dass die Stadt Plauen selbst eine kraftvolle Entscheidung auf den Weg bringt und jede Fraktion bereit ist, sich einzubringen und wirkungsvoll mitzuarbeiten.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet die Anwesenden, all ihre Verbindungen in die Landes-regierung zu nutzen, um die Bewerbung der Stadt Plauen positiv beeinflussen zu können.

Stadtrat Wolfgang Alboth, SPD-Fraktion, denkt, dass die Verantwortlichkeit nicht auf den Kulturbetrieb abgewälzt werden kann. Die Unterstützung und Einbeziehung der Industrie ist hier in jedem Falle auch wichtig. Der Bereich Wirtschaftsförderung sollte auf jeden Fall auch in die Verantwortung genommen werden.

Auch Stadtrat Jahn vertritt die Meinung, dass hier das Kulturreferat als zuständiger Bereich genannt werden müsste.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass natürlich nicht nur der Kulturbetrieb in der Verant-wortung steht, sondern auch andere Bereiche der Verwaltung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestätigt die Bewerbung für die 4. Sächsische Landesausstellung 2018 als Industrieausstellung in Plauen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 45/13-7

3.8. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltmittel für den Umbau und die Modernisierung der Turnhalle Stresemannstraße
Drucksachennummer: 753/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltmittel für die Investition INV 12-0000038 - Turnhalle Stresemannstraße – Sanierung + Erweiterung + Kegelbahn - in Höhe von 300.000,00 EUR für das Haushaltjahr 2013.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-8

3.9. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltmittel für die Überdachung des Zuschauer-bereiches im Parktheaters
Drucksachennummer: 756/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadtrat Sven Jahn, SPD-Fraktion, erinnert an die Verhältnismäßigkeit bei der Vergabe von Mitteln an kulturelle Einrichtungen.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass das Parktheater ein Objekt der Stadt Plauen ist. Es gehört nicht dem Parktheaterverein, sondern der Verein hat das Gelände gepachtet.

Nach Meinung von Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, hätte das Planungsbüro besser Bescheid wissen müssen. Der Vergabeausschuss sollte sich den Namen des Büros merken. Wie hoch ist die Pachtsumme, die der Parktheaterverein jährlich an die Stadt Plauen zahlt?

Herr vom Hagen, Leiter des Eigenbetriebes GAV, antwortet, dass der Parktheaterverein bisher keine Pacht bezahlt. Der Pachtvertrag/Bewirtschaftungsvertrag aus dem Jahr 1998 war eine Übertragung an den Parktheaterverein, welcher die Unterhaltung des Parktheatergeländes übernommen hat.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, bittet um Erstellung eines geeigneten Konzeptes, dass auch hochwertige Veranstaltungen im Parktheater durchgeführt werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Absprache zwischen den einzelnen Veranstaltern.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt für das Haushaltsjahr 2013 die Bereitstellung weiterer außerplanmäßiger Haushaltmittel in Höhe von 23.700 EUR für die Investition INV 12-0000059 - Überdachung des Zuschauerbereiches im Parktheater.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 45/13-9

3.10. Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für Elsterufermauer (Ersatzneubau und Junihochwasser 2013)

Drucksachennummer: 752/2013

Herr Levente Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Verwaltungs-vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt

1. die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen für den Ersatzneubau der Elsterufermauer i. H. v. 120.534,11 EUR

2. die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen an der Elsterufermauer aus dem Junihochwasser 2013 i. H. v. 113.509,03 EUR.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-10

3.11. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer für Liebknechtstraße 13/15

Drucksachennummer: 696/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung zur Maßnahme „Teilweise Moder-nisierung/Instandsetzung von Dach und Fassade und Herrichten der Außenanlagen Liebknecht-straße 13/15“.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-11

3.12. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer zur Maßnahme Forststraße 28 und Stresemannstraße 10
Drucksachennummer: 742/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteils in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung zur Maßnahme „Sicherung/Modernisierung und Instandsetzung Giebel Forststraße 28 und Stresemannstraße 10“.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-12

3.13. Ersatz des Eigenanteils der Stadt Plauen durch den Eigentümer für die Schloßstraße 10
Drucksachennummer: 750/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung zur Maßnahme „Instandsetzung und teilweise Modernisierung der Fassade sowie Erweiterung der Balkonanlage“.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 45/13-13

4. Verschiedenes

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD-Fraktion, hat erfahren, dass die Vogtlandspiele der Sommersport-arten 2014 nicht in Plauen stattfinden können, weil die Tartanbahn des Vogtlandstadion noch nicht saniert werden konnte. Er fragt nach, warum dieser Sachverhalt nicht bekannt gemacht wurde.
Der Stadtrat hätte hier nach einer Lösung suchen können.
Der Hintergrund ist wohl der, dass der VFC Plauen Schulden an die SAB (Sächsische Aufbaubank) aus Rückforderungen für den Fördermittelbescheid Nachwuchstrakt hat und deshalb keine Förderung mehr ausgereicht wird, solange diese Schulden nicht getilgt sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass es zum Sachverhalt VFC Plauen eine Debatte im nichtöffentlichen Teil des letzten Finanzausschusses gab. Die Niederschrift kann eingesehen werden.

Bürgermeister Täschner antwortet, dass es sich nur um eine Verschiebung handelt. Es ist richtig, dass der Fördermittelantrag, der über den Verein gestellt wurde, bisher noch nicht beschieden wurde, obwohl eine positive Empfehlung seitens des Kreissportbundes vorliegt. Da die Baumaßnahme witterungstechnisch auch nicht fristgemäß hätte umgesetzt werden können, wurde die Austragung der Vogtlandspiele mit der Stadt Falkenstein getauscht.
Mit dem Kreissportbund wurde abgestimmt, dass die Vogtlandspiele 2014 in Falkenstein stattfinden und dafür 2016 dann in Plauen.

Stadtrat Wolfgang Alboth, SPD-Fraktion, betont ausdrücklich, dass der VFCPlauen keine Schulden bei der SAB hat. Richtig ist, dass die SAB Forderungen an den VFC Plauen hat. Diese Forde-rungen sind strittig. Im vergangenen Jahr wurde umfangreich mit der SAB verhandelt und Teil-forderungen zurückgenommen.

Stadtrat Sven Jahn, SPD-Fraktion, bemerkt positiv, dass die Stadt Plauen in Sachen „Grün" im Jahr 2013 sehr viel geleistet hat.

Stadtrat Jahn hatte bereits im Frühjahr 2013 zu den Vereinstarifen bei den Stadtwerken Plauen nachgefragt. Hierzu bittet er um eine schriftliche Beantwortung.

**Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass er dies im Aufsichtsrat zur Beratung vorgebracht hat. Das Beratungsergebnis wurde offensichtlich noch nicht mitgeteilt.
Er sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Ebenfalls um schriftliche Beantwortung bittet Stadtrat Jahn zum Sachstand Weihnachts-beleuchtung auf der Bahnhofstraße.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt auch hier eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass ihm am vergangenen Wochenende am Einlass des Vogtlandstadions ein Feuerzeug überreicht wurde mit der Aufschrift „I love VFC" und auf der Rückseite „Robert Hochbaum CDU".

Er betont, dass er zu einem Fußballspiel dort war und nicht zu einer Wahlveranstaltung.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob der im letzten Baustellenreport für die Baustelle Elsterufer/Hofwiesenstraße benannte Termin 20.09.2013 der Schlusstermin dieser Baumaßnahmen ist und ob die Hofwiesenstraße dann wieder für beide Fahrspuren frei gegeben wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**Stadtrat Klaus Gerber, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schlägt in Bezug auf das Junihochwasser 2013 folgendes vor:
Da die Stadt Plauen viele freie Wohnungen zur Verfügung hat, könnte doch versucht werden, die betroffenen Bürger, die sich mit dem Gedanken tragen, ihre angestammte Heimat zu verlassen, für einen Umzug in die Stadt Plauen zu bewegen.**

Oberbürgermeister Oberdorfer übergibt diesen Vorschlag an Frau Weck, Pressesprecherin der Stadt Plauen, zur Weiterleitung an den Tourismusverband.

5. 17:00 Uhr Einwohnerfragestunde

Ulrich Neef, Dr.-Theodor Brugsch-Straße 48, Plauen

Herr Neef fragt nach, ob es möglich ist, mit dem Fahrplanwechsel der Straßenbahn im Dezember 2013 die Anschlüsse der Straßenbahn ab/vom Oberen Bahnhof ab 20 Uhr wieder so einzurichten, dass ein Anschluss zu den Regionalzügen ohne große Wartezeiten möglich ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung durch die Plauener Straßenbahn GmbH zu.

Herr Neef fragt nach, ob seitens des Stadtrates noch etwas zur Anbindung der Stadt Plauen an die Sachsen-Franken-Magistrale getan werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet hierzu Herrn Brosig, FB Bau und Umwelt, die jüngsten Entwicklungen zu den Aktivitäten der Stadt Plauen, des Zweckverbandes ÖPNV sowie des EgroNet hinsichtlich der Sachsen-Franken-Magistrale darzulegen und zu veröffentlichen.

Siegfried Golenia, Keplerstraße 17, Plauen

Der Entscheidung, diese Müllentsorgungsanlage zu erbauen, lagen mit Sicherheit eine Investitionsanforderung und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung o. ä. zu Grunde.
Hier sind offensichtlich bewusst oder unbewusst grobe Fehler gemacht worden.

Herr Golenia fragt nach, was mit den Verantwortlichen geschieht, die in Bezug auf die Müllent-sorgungsanlage in Oelsnitz Fehlentscheidungen vorbereitet bzw. getroffen haben.

Weiterhin fragt Herr Golenia nach, was der Stadtrat oder die Stadt Plauen tun werden, um der Marktwirtschaft in ihren Grundzügen nachzukommen.
In der Marktwirtschaft sucht man sich den günstigsten Anbieter und muss nicht einen nehmen, nur um ihn vor der Insolvenz zu bewahren.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung in Zusammenarbeit mit dem Vogtlandkreis zu.

Herr Golenia fragt nach, wer darüber entscheidet, dass ein Gastgeber nur noch im Gastgeberverzeichnis der Stadt Plauen aufgenommen wird, wenn man auch Mitglied im Zentralen Informations- und Reservierungssystem ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung über das Fachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Marlies Hager, Vogtländischer Mieterverein e. V., Albertplatz 4, Plauen

Wie wurde für die Stadt Plauen die Müllentsorgung konzipiert, in der Kalkulation auf Haushalte, wenn gar nicht bekannt ist, wie viele Haushalte die Stadt Plauen hat?

Es wird unbedingte Transparenz der tatsächlich entstandenen Kosten für die Müllentsorgung gefordert. Wo kommen 1 Mio. EUR Schulden her, wenn wir Guthaben an andere städtische Unternehmen verteilen können? Wie viele Gelder sind an städtische Unternehmen in den letzten 5 Jahren geflossen.

Weshalb erfolgte keine Kostenanpassung über die Stadt Plauen, obwohl seit 2010 bekannt war,

dass der kalkulierte Betrag von 102 EUR/Entsorgungstonne nicht mehr aktuell war, sondern 170 EUR verlangt wurden?

Was wird mit der Entsorgungsfirma in Oelsnitz, wenn klar ist, dass diese Anlage überdimensioniert ist und wir in Plauen eventuell ein Drittel des Müllaufkommens mit anderen Systemen einsparen könnten? Werden dann die Gebühren nochmal erhöht, damit diese Anlage erhalten werden kann?

Was wird uns die richtige Aufarbeitung der Deponien im Vogtlandkreis kosten?
Es sind 72 Deponien vorhanden, welche still gelegt aber noch nicht auf bereitet sind.
Sollen das die Plauener zahlen?

Prinzipiell wird für 2 Gebührensysteme plädiert, da das Müllbanderolensystem zu hohe Kosten verursacht. Mülltourismus wird Tür und Tor geöffnet. Wollen wir auch, dass in Plauen wie in Falkenstein 50 Papierkörbe abgebaut werden und gleichzeitig wird ein Konzept für eine saubere Stadt geführt?

Für die Großwohnanlagen sind kleinere Tonnen mit einem einheitlicheren Entsorgungsrhythmus besser zu händeln. Aber es soll nicht so bleiben, wie es ist.

Es kann nicht sein, dass der Verwaltungsaufwand extrem höher wird, weil jeder Haushalt seinen eigenen Gebührenbescheid zugeschickt bekommt. Ein ALG II – Bezieher muss dann 2 x zum Amt laufen, einmal mit der Betriebskostenabrechnung und einmal mit dem Müllgebührenbescheid, um sich jeweils einen Änderungsbescheid ausstellen zu lassen. Was hier in Gang gesetzt wird, kann kostenseitig nicht unbedingt sinnvoll sein.

Ein Müllkonzept muss zum Sparen anregen und nicht den Mülltourismus forcieren.
Das jetzige Konzept entspricht dem nicht.
Der Mieterverein fordert, dass auch er in die Diskussionen zur Müllentsorgung mit einbezogen wird und nicht nur die Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass seit 2010 der Vogtlandkreis für alle Grundstücks-besitzer der Stadt Plauen Rechnungsleger ist. Der Vogtlandkreis hätte also für das Stadtgebiet Plauen schon viel eher die Erhöhung der Müllgebühren von 102 EUR auf zeitweise über 180 EUR beschließen müssen. Da diese Erhöhung nicht durchgeführt wurde, ist bis zum Ende diesen Jahres das derzeitige Defizit von ca. 2 Mio. EUR entstanden.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass er nicht alle Fragen beantworten kann, da die Stadt Plauen nicht mehr für die Abfallentsorgung zuständig ist.
Er bittet um Beantwortung durch den Vogtlandkreis.

Friedgard Kiener, Waldgrün 16, 08547 Plauen/OT Jößnitz - Vorstand der BI Abwasser Vogtland

Es ist bekannt dass der § 63 Abs. 4 des Sächs. Wassergesetzes gegen den § 56 Wasserhaushalts-gesetz verstößt, da nach dem Wasserhaushaltsgesetz als Bundesgesetz keine Abwasserbeseitigungspflicht an Personen des privaten Rechts möglich ist. Warum soll es trotzdem gemacht
werden? Warum werden weiterhin Bescheide und Forderungen an Privatpersonen verschickt?

Bundesrecht geht über Landesrecht. Warum wird das nicht eingehalten? Es wird gegen das Gesetz verstoßen und die Bürger sollen zur Kasse gebeten werden. Wann wird etwas dagegen unternommen?
Abwasserentsorgung ist laut Gesetz kommunale Pflichtaufgabe. Warum sollen dann die Bürger bis 20 TEUR bezahlen? In den EU-Richtlinien steht zu lesen, dass bei unverhältnismäßig teuren Lösungen Ausnahmen geboten sind. Hat das von den Gesetzgebern niemand gelesen?
Der Zweckverband Wasser und Abwasser (ZWAV) erhielt auch vom damaligen Umweltminister

Herrn Wöller ein Schreiben, in dem er die Ungesetzlichkeit der Abwälzung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Bürger anmahnte. Was ist daraus geworden?
Der ZWAV verlangt, dass auf jedem Grundstück eine private vollbiologische Kleinkläranlage oder eine abflusslose Grube zu errichten ist. Der Umweltminister schrieb 2008, dass dies mit geltendem Recht nicht vereinbar ist. Hat sich dieses Recht verändert?
Das Landratsamt muss endlich die Aufsicht über den ZWAV nicht über die Bürger wahrnehmen. Wenn das Land kein Geld hat, um seinen Pflichten nachzukommen, so kann der Termin der EU-Richtlinie von 2027 doch angepasst werden, damit wieder Geld ins Säckel kommt. Warum wird das nicht gemacht?

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt, den vermeintlichen Verstoß gegen geltendes Gesetz rechtlich prüfen zu lassen. Er verweist auch auf die Bürgerberatungsstelle des Zweckverbandes Wasser und Abwasser, um jeweils die vorteilhafteste Lösung der Abwasserentsorgung für Grundstücke zu finden.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung durch den Zweck-verband Wasser und Abwasser zu.

Stadtrat Helko Grimm, CDU-Fraktion, hält es nicht für sozial, wenn Abwassergebühren im Bestand gehalten und nicht erhöht werden. Dies geht natürlich zu Lasten der restlichen 15 %, die wenn sie vor 10 Jahren nur an der richtigen Stelle gewesen wären, möglicherweise diesen Kanal-anschluss auch ohne die Erschließungsgebühren bekommen hätten, jetzt aber selbst investieren müssen.
Stadtrat Grimm betont, dass er in der Vergangenheit schon häufiger darauf hingewiesen hat, da dies auch im Ortsteil Kauschwitz viele Einwohner betrifft.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass der ZWAV bis zu einem Investitionsaufwand von 3.600 EUR gemäß Festlegung vom Freistaat Sachsen dazuzahlt. Die Summe bis zu den tatsäch-lichen Kosten muss vom Bürger dazugegeben werden, um einen Anschluss an das Kanalnetz zu erhalten.

Marlies Hager, Vogtländischer Mieterverein e. V., Albertplatz 4, Plauen

Frau Hager schildert den Fall von Mietern in einer Rollstuhl gerechten Wohnung der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH (WbG) im Chrieschwitzer Hang, deren Fassade zwar saniert aber nicht mit neuen Fenstern versehen wurde. Auf Nachfrage hieß es von der WbG, wenn die Mieter vorab 700 EUR zahlen würden, könnten neue Fenster eingebaut werden.
In diesem Zusammenhang fragt Frau Hager nach, wie Oberbürgermeister Oberdorfer auf die Idee kommt, von der WbG 1,5 Mio. EUR für die Finanzierung einer Niederflurbahn abzuzweigen, statt die WbG aufzufordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Mitteilung der genauen Anschrift, um beim Geschäfts-führer der WbG eine konkrete Anfrage stellen zu können.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass nach 37 Jahren 6 neue Straßenbahnen für die Stadt Plauen vom Freistaat Sachsen mit 7,5 Mio. EUR gefördert werden.
2 neue Straßenbahnen wurden von Ansparungen der Plauener Straßenbahn GmbH (PSG) finanziert. Für 3 neue Straßenbahnen hat die PSG einen Kredit aufgenommen, welcher aus der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens darstellbar ist und in den nächsten Jahren abfinanziert wird. Für die 6. neue Straßenbahn hat Oberbürgermeister Oberdorfer die Idee entwickelt, von der WbG, welche genau wie die PSG eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Plauen ist, die notwendigen Mittel abzufordern. Dies hält er für sachlich gerechtfertigt, weil die WbG bei einer Mieterzusammensetzung über dem Altersdurchschnitt der Stadt Plauen auch ein Interesse haben muss, dass der Nahverkehr gut funktioniert.

Auch grundsätzlich ist dies gerechtfertigt, dass Gesellschaften für die Stadt Plauen Gewinne erwirtschaften und diese über ihre eigenen Aufgaben hinaus für städtische Zwecke zur Verfügung stellen.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD-Fraktion, möchte als Mitglied des Aufsichtsrates der WbG daran erinnern, dass die WbG bereits kommunale Aufgaben realisiert, indem sie „das teuerste Parkhaus der Welt“ finanziert.
Es gibt noch weitaus wichtigere Aufgaben, als den Erwerb einer Straßenbahn. Vielleicht hätte auch für die 6. neue Straßenbahn ein Kredit aufgenommen werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat seine Entscheidung in den zuständigen Gremien abwägen und beschließen lassen.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Monika Mühle Stadträtin
Plauen, den	Plauen, den
Peggy Glaß Schriftführerin	Michaele Wohlrab Stadträtin